

Antrag

der Abgeordneten Matthias Seestern-Pauly, Katja Suding, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Britta Katharina Dassler, Peter Heidt, Dr. h.c. Thomas Sattelberger, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Jens Beeck, Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Dr. Lukas Köhler, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Dr. Jürgen Martens, Dr. Martin Neumann, Hagen Reinhold, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Aufklärungskampagne zu Grundrechtseinschränkungen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Häusliche Isolation, arbeiten aus dem Home-Office, Kontaktbeschränkungen im öffentlichen Raum – im Zuge der Maßnahmen zum Gesundheitsschutz sind viele Grundrechte eingeschränkt, um der Corona-Pandemie zu begegnen und einer Überlastung des Gesundheitssystems und der staatlichen Institutionen vorzubeugen. Doch unsere Demokratie lebt vom faktengetragenen Streit innerhalb unserer Meinungspluralität. Eine lebendige Zivilgesellschaft, die kritisch hinterfragt, die wachsam immer wieder faktenbasierte Begründungen für das Einschränken von Grundrechten einfordert, lebt substantiell vom offenen Austausch.

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) ist als unabhängige und ausgewogene Institution von hoher Akzeptanz in der Bevölkerung getragen. In Zeiten von geschlossenen Bildungseinrichtungen und starker Einschränkungen des öffentlichen Lebens ist der demokratische Streit und der öffentliche Austausch von Positionen erschwert, aber umso wichtiger.

Auch wenn Teile der Politik bereits von einer „Neuen Normalität“ sprechen, so sind die derzeitigen Einschränkungen von Grundrechten alles andere als „normal“. Sie sind vielmehr in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ohne Beispiel.

Die bpb genießt nicht nur hohes Ansehen und Akzeptanz in der Bevölkerung, sie vereint auch Erfahrungen und Ressourcen zur Durchführung von Aufklärungs- und Informationskampagnen. Der Zustand von Grundrechtseinschränkungen darf nur in durch Fakten begründeten notwendigen Maßnahmen zum Gesundheitsschutz ihren Niederschlag finden und sich nicht als „Neue Normalität“ auch in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger sowie der jungen Generation verfestigen.

In ihrem Koalitionsvertrag kündigen die Regierungsfractionen an, mit einer „Kampagne für den Rechtsstaat [...] dessen Bedeutung für jede Einzelne und jeden Einzelnen stärker in das Bewusstsein [zu] rücken.“ (vgl. Koalitionsvertrag 19. Legislaturperiode, S. 119).

Eine Aufklärungs- und Informationskampagne unter inhaltlicher Federführung der bpb zu den derzeitigen Grundrechtseinschränkungen sowie eine Darstellung, welche „Normalität“ vom Grundgesetz eigentlich garantiert wird, ist ein probates Mittel, um auch in Zeiten der Kontaktbeschränkungen ein Bewusstsein für die Außergewöhnlichkeit der jetzigen Situation zu kommunizieren. Die „Kampagne für den Rechtsstaat“ des Koalitionsvertrages bildet hierbei einen geeigneten Anknüpfungspunkt. Dabei muss die Kampagne medienbruch- und barrierefrei gestaltet sein sowie in ihrer Kommunikation alle Altersgruppen im Blick behalten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine Aufklärungs- und Informationskampagne zu den Grundrechtsbeschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie sowie deren Hintergrund im Rahmen der „Kampagne für den Rechtsstaat“ bei der bpb in Auftrag zu geben und die inhaltliche Federführung der bpb in der Außenwirkung zu kommunizieren;
2. die Kampagne aus bestehenden Haushaltstiteln mit Bezug zu politischer Bildung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat sowie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zu finanzieren;
3. die Kampagne altersgerecht, mehrsprachig sowie medienbruch- und barrierefrei auszugestalten.

Berlin, den 6. Oktober 2020

Christian Lindner und Fraktion